

Unsere Löhne sind zu hoch

Mit dieser Frage kann man sich unter zwei Aspekten beschäftigen: Einmal aus nationaler und einmal aus internationaler Sicht. Innerhalb Deutschlands ist zu beachten, dass die Löhne gleichzeitig Nachfrage sind. ArbeitnehmerInnen geben den größten Teil ihres Einkommens wieder aus – und schaffen damit wiederum Arbeitsplätze.

Entscheidend ist nicht die absolute Lohnhöhe, sondern die Verteilung der Wirtschaftsleistung auf Kapital- und Erwerbseinkommen. Dabei hat sich in den letzten Jahren die Lohnquote (Summe aller Löhne/Wirtschaftsleistung) nach unten entwickelt. Mehr Arbeitsplätze hat dies nicht gebracht. Und auch dass die Nominaleinkommen kaum mehr steigen und die Realeinkommen seit Jahren sinken hat nicht zu mehr Beschäftigung geführt.

Im internationalen Vergleich ist die entscheidende Größe nicht die absolute Lohnhöhe, sondern die Lohnstückkosten. Ein einfaches Beispiel: Angenommen, zur Herstellung eines Produkts ist nur Arbeitseinsatz notwendig. Arbeitnehmerin 1 verdient in der Stunde 10 Euro; sie stellt in diesem Zeitraum 5 Stück her. Arbeitnehmerin 2 verdient in der Stunde 5 Euro, stellt aber nur 2 Stück her. Damit sind die von Arbeitnehmerin 1 hergestellten Produkte billiger ($10/5 = 2$ Euro) als die, die Arbeitnehmerin 2 herstellt (2,50 Euro). Und das, obwohl Arbeitnehmerin 1 in der Stunde mehr verdient als Arbeitnehmerin 2.

Wichtig ist also nicht, wie viel ein ArbeitnehmerIn absolut verdient. Man muss auch in Betracht ziehen, wie hoch die Produktivität ist. Dass in vielen Ländern die Löhne niedriger sind als in Deutschland hat nicht automatisch zur Folge, dass dort auch billiger produziert wird (aber häufig, dass sich die ArbeitnehmerInnen dort die von ihnen selbst hergestellten Produkte nicht kaufen können, weil sie zu wenig dafür verdienen).

Man sollte aber auch die Dimension des internationalen Wettbewerbs nicht überschätzen: Im- und Export in Deutschland machen nur ca. 30% der Wirtschaftsleistung aus. Der größte Teil der in Deutschland produzierten Waren wird also in Deutschland verkauft, und umgekehrt stammt der größte Teil der in Deutschland verkauften Waren aus Deutschland. Außerdem kommt der größte Teil der Importe nach Deutschland nicht aus Billiglohnländern, sondern aus den westlichen Industriestaaten. In der Einfuhrstatistik liegt von den „Billiglohnländern“ China auf Rang 4, die ersten osteuropäischen Mitgliedsstaaten finden sich bei den Plätzen 11-20. Indien, Rumänien und andere gern genannte Länder rangieren unter „ferner liefern“.

Wir haben zu hohe Lohnnebenkosten

Die so genannten „Lohnnebenkosten“ sind für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Bestandteile des Lohns. Denn sie sichern sie gegen Risiken wie Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Arbeitsunfähigkeit ab, gegen die sie sich sonst aus dem Geld versichern müssten, dass sie verdienen. Wer eine Senkung der Lohnnebenkosten fordert, der will also faktisch eine Reduzierung des Lohnes.

Die Kosten für die Sozialversicherung lassen sich nur reduzieren, wenn Leistungen eingeschränkt werden. Für diese Leistungen muss dann jedeR privat vorsorgen und hat damit weniger Geld zur Verfügung. Dies wirkt sich negativ auf die Nachfrage aus. Bei der Einführung der Riester-Rente hat sich dieser Effekt gezeigt.

Der größte Teil der „Lohnnebenkosten“ fließt außerdem direkt wieder in die Nachfrage. Sowohl der Beitrag zur Renten- als auch der größte Teil des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung wird wieder an RentnerInnen bzw. Arbeitslose ausgezahlt, die von diesem Geld ihren Lebensunterhalt finanzieren müssen. Die Beiträge zur Sozialversicherung fließen so den Unternehmen indirekt wieder zu. Werden die Leistungen der Sozialversicherung eingeschränkt, um die Beiträge zu senken wirkt sich dies also negativ auf das Wirtschaftssystem aus. Den geringeren Ausgaben der Arbeitgeber stehen auch geringere Einnahmen gegenüber.

Der Arbeitsmarkt ist verkrustet

Mit „Verkrustungen auf dem Arbeitsmarkt“ bezeichnen einige ÖkonomInnen ArbeitnehmerInnenrechte wie den Kündigungsschutz und Tarifverträge. Nach ihrer Theorie führen diese dazu, dass sich Unternehmen in Deutschland nicht schnell genug an neue Entwicklungen anpassen können. So verhindere beispielsweise der Kündigungsschutz, dass bei geringem Absatz schnell mit Personalabbau reagiert werden könne. Wenn der Absatz steige würden die Unternehmen daher kein Personal einstellen, dass sie später nicht wieder entlassen könnten, sondern lieber ihre Angestellten Überstunden leisten lassen.

Das Argument der „Verkrustung“ erkennt, dass ArbeitnehmerInnenrechte den ArbeitnehmerInnen Sicherheit bieten – und damit die Wirtschaft stabilisieren. Denn wer damit rechnen muss, seinen Job schnell wieder zu verlieren wird lieber sparen, als etwas Größeres anzuschaffen. Gleiches gilt, wenn der Arbeitgeber/die Arbeitgeberin den Lohn kurzfristig verändern kann.

Das deutsche Arbeitsrecht ist außerdem viel flexibler als behauptet. Gerade unter rot-grün sind die Befristungsmöglichkeiten deutlich ausgeweitet worden. Wenn ein Unternehmen wegen hoher Nachfrage vorübergehend mehr Arbeitskräfte benötigt, kann es diese problemlos befristet anstellen. Zu mehr Beschäftigung haben diese Befristungsregelungen – wie auch diverse Lockerungen des Kündigungsschutzes – nicht geführt. Ein deutliches Indiz, dass die Arbeitslosigkeit in Deutschland nicht an den Rechten der ArbeitnehmerInnen liegt.

Den Arbeitslosen geht es zu gut

Mit diesem Argument wird häufig die Forderung nach Absenkung des Arbeitslosengeldes I (und inzwischen auch II) gefordert. Die Arbeitslosen erhielten so viel Unterstützung, dass es sich für sie überhaupt nicht lohnte, zu arbeiten. Gering entlohnte Jobs könnten daher nicht besetzt werden.

Dies würde zunächst einmal voraussetzen, dass es eine Vielzahl von nicht besetzten Stellen in Deutschland im Niedriglohnbereich gäbe. Darauf deutet aber nichts hin. Beim Arbeitsamt sind jedenfalls wenig Stellen in diesem Sektor gemeldet.

Außerdem verkennt die Argumentation, dass Arbeit mehr ist als Geldverdienen. Sie gibt Menschen auch Selbstbestätigung, das Gefühl, etwas zu leisten und nicht nutzlos zu sein. Nur so lässt sich überhaupt erklären, warum es so viele „AufstockerInnen“ beim Arbeitslosengeld II gibt. Diese Menschen arbeiten nämlich für ein Einkommen, das niedriger ist als ihr Anspruch auf ALG II. Nach der oben genannten Argumentation dürften diese Menschen gar nicht arbeiten – sie tun es aber, weil sie eben nicht nur das Einkommen, sondern auch andere Faktoren sie dazu bewegen.

Es hilft auch, sich die Zahlen vor Augen zu führen: Der Satz für das ALG II liegt bei 345 Euro (11,50 Euro pro Tag) zuzüglich Mietkosten. WirtschaftswissenschaftlerInnen schätzen, dass eigentlich ein Einkommen von 500 Euro pro Monat und Person (zuzüglich Miete) notwendig wäre, um das Existenzminimum zu decken. Den Arbeitslosen mit ALG II geht es also eher zu schlecht als zu gut.

Die Antwort kann daher nicht leisten, dass es den Arbeitslosen zu gut geht. Sondern es geht den Beschäftigten zu schlecht. Ein Alleinstehender/eine Alleinstehende, die ALG II erhält bekommt etwa so viel Geld wie einE BeschäftigteR, der/die netto 4,30 Euro (Vollzeit, 35-Stunden-Woche) verdient. Solche Berufe gibt es tatsächlich – und da liegt das Problem.

Etwas anders sieht die Lage bei BezieherInnen von ALG I aus, die ja ca. 60% ihres letzten Nettolohns erhalten. Hier ist aber schon allein die Angst vor dem Sturz in ALG II nach einem Jahr ein Zwang, auch geringer als bisher bezahlte Stellen anzunehmen. Und auch für diese Menschen gilt, dass Arbeitslosigkeit oft ein großes psychisches Problem für die Betroffenen ist – und dass sie deswegen lieber geringer bezahlt arbeiten, als sich nutzlos zu fühlen.